

## KURZ UND PRÄGNANT

### Petitions-Anhörung

Am 3. Dezember fand die erste öffentliche Anhörung von Petenten im Landtag statt. „Das große öffentliche Interesse zeigte, dass mit Bürgern ihre Anliegen diskutiert werden müssen. Die Änderungen im Petitionsgesetz waren richtig“, sagte MdL Diana Skibbe. Die Petition der Bürgerinitiative „Kein Energiespeicher am Rennsteig e.V.“ zum Pumpspeicherwerk Schmalwasser hatte 4.343 Mitzeichner, von denen viele an der Anhörung teilnahmen. Zu Recht wurde das Fehlen von Ministern und Staatssekretären kritisiert. „Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass noch einiges in den Fachausschüssen geklärt werden muss. Damit ist ein Ziel der öffentlichen Anhörung schon erreicht worden“, so die Abgeordnete. ■

### Sanktionen abschaffen

Bis zum 18. Dezember befand sich im Bundestag zur Mitzeichnung eine Petition, die die Abschaffung der Sanktionen im Rahmen des SGB II fordert. Initiatorin ist die „Hartz-IV-Rebellin“ Inge Hannemann, die als Jobcenter-Mitarbeiterin das alltägliche Übel der Betroffenen veröffentlichte. Bis zum Stichtag mussten mindestens 50.000 Unterschriften zusammenkommen, damit sich der Bundestag mit der Petition befasst. „2012 wurden in Deutschland erstmals mehr als eine Million Sanktionen verhängt. Offensichtlich ist der Sanktionsmechanismus also vor allem eines: Drangsalierung von Menschen, die jegliche Hoffnung aufgegeben haben. Hier hilft aber keine Strafe, sondern nur Motivati- und Unterstützung!“, betonte MdL Karola Stange. ■

### Bürgerbeauftragter

Zur Ankündigung der Regierungsfractionen im Petitionsausschuss des Landtags, einen eigenen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Bürgerbeauftragten einbringen zu wollen, erklärte MdL Diana Skibbe: „Kurz vor Ende der Wahlperiode fällt CDU und SPD ein, dass sie im Koalitionsvertrag unter Punkt 17 die Verbesserung der Kompetenzen des Bürgerbeauftragten vereinbart hatten. Anstoß für diesen Einfall war offenkundig eine parlamentarische Initiative der Linksfraktion vom Februar, die bis heute nicht abschließend im Ausschuss beraten wurde. „Die jetzige Regsamkeit zeigt, dass die Koalition immer wieder einen Impuls von außen benötigt, um aus ihrer Starre aufzuwachen und endlich eine Politik für die Bürgerinnen und Bürger im Land zu gestalten“, so die LINKE Politikerin. ■

# Thüringen entdecken

Der „Tourismus im ländlichen Raum“ war Schwerpunkt der Konferenz in Bad Blankenburg

**Zur Konferenz „Tourismus im ländlichen Raum“ hatte am 5. Dezember nach Bad Blankenburg ins Rathaus die Linksfraktion des Landtages eingeladen. Gekommen waren Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Tourismusverantwortliche aus ganz Thüringen.**

Knut Korschewsky formulierte das Anliegen der schon zweiten Tourismuskonferenz der Fraktion wie folgt: „Gerade die ländlichen Räume Thüringens haben noch große Perspektiven für die Entwicklung des Tourismus. Wir haben die Möglichkeit, noch mehr Menschen dafür zu gewinnen, hier Urlaub zu machen, um Thüringen zu erleben in den unterschiedlichsten Facetten: vom Wandern über den Wassertourismus gerade in der Region mit dem Thüringer Meer, aber gleichzeitig auch mit den Sehenswürdigkeiten, die wir hier haben.“

Der tourismuspolitische Sprecher der Linksfraktion weiter: „Es muss uns gelingen, jenseits der Städtekette, die auch sehr wichtig für Thüringen ist, mit den Städten Weimar-Erfurt-Eisenach, sowohl im Norden mit dem Harz, als auch dem Unstruttal und auch im Süden mit der Region um das Schwarztal sowie dem Thüringer Meer ganz enge Vernetzungen herzustellen, um gemeinsam Tourismus zu entwickeln, um dann auch Möglichkeiten zu haben, damit auszustrahlen in die Welt.“

Der Tourismus in Deutschland entwickelte sich in den vergangenen Jahren stetig und schafft hierzulande mittlerweile rund drei Millionen Arbeitsplätze, wovon vorwiegend die so genannten Monopolregionen profitieren. In den ländlichen Regionen ist demgegenüber eine geringe Dynamik in der Tourismusentwicklung zu verzeichnen. Ländliche Regionen stellen rund ein Drittel der deutschen Übernachtungskapazitäten, erzielen aber nur zwölf Prozent der touristischen Wertschöpfung. Um Thüringen für alle Urlaubswil-

ligen anziehend zu machen, müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen, wie zum Beispiel die Erreichbarkeit der Feriendomizile mit dem öffentlichen Personennahverkehr oder auch behindertengerechte Zugänge zu Sehenswürdigkeiten und Kulturstätten Thüringens. Diese Voraussetzungen sind vor allem im ländlichen Raum nicht gewährleistet, wurde übereinstimmend gesagt. Aber es blieb nicht bei der Feststellung, wo „die Säge klemmt“.

### „Thüringenticket“ würde das Reisen erleichtern

Viele Diskussionsteilnehmer wünschten sich eine stärkere Werbung unter der Überschrift „Thüringen mit Bus und Bahn entdecken“. Allein die Angebote der Harzer Schmalspurbahn, der Oberweißbacher Berg- und Schwarzatalbahn und die Nostalgiefahrten mit

das Angebot, mit dem öffentlichen Nahverkehr Thüringer Landschaften und Sehenswürdigkeiten zu entdecken, wenn mit einem einheitlichen Verkehrsverbund und Partnern aus Wirtschaft und Gastronomie ein „Thüringenticket“ die Reismöglichkeiten erleichtern würde. Gute Vorarbeit und Erfahrungen gibt es z.B. in Friedrichroda oder im Harz. Dort erhält der Gast über die Kurtaxe und die Hotels ein kostenloses Ticket für den öffentlichen Nahverkehr der Region. Das Fahrziel Natur und die umweltfreundliche, sichere und bequeme Erschließung Thüringens ist für alle ein lohnendes Ziel – für die Touristen, aber auch für die Gastgeber.

Die Akteure der Konferenz waren sich darüber einig, dass es nur mit einer engen Verzahnung aller touristischen Akteure gelingen wird, die bestehenden Potentiale noch besser auszunutzen und die regionale Wertschöpfung weiter zu erhöhen. Dabei stehen die regionalen Wirtschaftskreisläufe im Mittelpunkt der Überlegungen. „Tourismus in Thüringen ist kein Stiefkind“, so Knut Korschewsky abschließend. In Thüringen ist die touristische Wertschöpfung höher als im Automobilbau.

Das muss endlich allen Akteuren, auch in der Landesregierung, bewusst werden. Tourismus hört eben nicht an der Städtekette der A4 auf. Wenn es der Hainich von Januar bis September 2013 schaffte, die Zahl der Ankünfte um 6,3 Prozent zu steigern, dann muss das einer Region wie dem Saaleland mit einem Rückgang der Ankünfte um 8,1 Prozent sehr zu denken geben – und das nicht nur den Akteuren vor Ort, sondern vor allem auch den landesweit Verantwortlichen.

Dolores Hof  
Foto: Stefan Wogawa



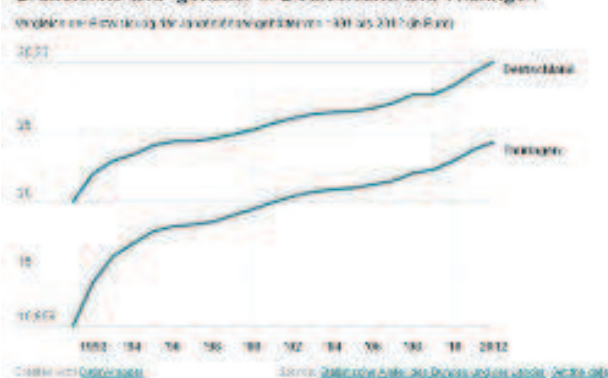
den Dampfloks sind eine Reise nach Thüringen wert. Zu überlegen wäre auch die Reaktivierung weiterer Schienenstrecken im Freistaat, z.B. der Hölentalbahn. Es gibt auch noch weitere Thüringer Bahnstrecken, wie die Rennsteigbahn, die mit einem regelmäßigen Angebot im Wochenendverkehr das touristische Potential der Ilmkreisregion erweitern könnten. Hier muss die Landesregierung eine wesentlich stärkere Unterstützung leisten. Das betrifft auch die Hilfe bei der Sanierung von Bahnhöfen und die Verzahnung von Bus und Bahn. Noch attraktiver würde

### Lohnniveau begünstigt Abwanderung Hochqualifizierter

Top-Ingenieur-Absolventen von Hochschulen aus Thüringen, wie der Technischen Universität Ilmenau und der Fachhochschule Erfurt, werden von westdeutschen Firmen abgeworben, hat am 6.12.2013 die Thüringer Allgemeine gemeldet. Den Absolventen werde ein hohes Einstiegsgehalt gezahlt, heißt es. Die Lohnentwicklung in Thüringen begünstigt die Abwanderung hochqualifizierter junger Menschen, ein Prozess, der im Englischen als Braindrain (wörtlich übersetzt „Gehirn-Abfluss“) bezeichnet wird. Die Situation im Freistaat ist dadurch gekennzeichnet, dass hier deutlich niedrigere Löhne und Gehälter gezahlt werden als im Bundesdurchschnitt. Es handelt sich dabei auch um eine schwere Hypothek der CDU-Herrschaft in Thüringen, die Niedriglöhne über Jahre hinweg sogar als „Standortvorteil“ propagiert hat. Ein Vergleich der Lohn- und Gehaltsentwicklung in Thüringen und im Bundesdurchschnitt seit 1991 zeigt, dass sich die Schere nicht schließt – im Gegenteil.

Die Konsequenzen sind fatal: In Thüringen fehlen Fachkräfte, außerdem gehen Bildungsinvestitionen verloren. Für die Linksfraktion gilt deshalb der Grundsatz:

### Bruttolöhne und -gehälter in Deutschland und Thüringen



eine gute Arbeitsmarktpolitik muss sich natürlich auch für gute Löhne einsetzen.

Grafik/Text: Stefan Wogawa